



Zürich, 31. Mai 2017

VERORDNUNG KINDERBETREUUNG – EIN GROSSER SCHRITT FÜR ZÜRICH

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Zürich haben vor 12 Jahren den Grundstein für eine grosse Erfolgsgeschichte gelegt: Mit dem Verfassungsauftrag, dass die Stadt Zürich in Zusammenarbeit mit Privaten ein der Nachfrage entsprechendes Angebot an familienergänzenden Kinderbetreuung gewährleisten muss. Zürich hat damit einen grossen Schritt gewagt. Und der beschrittene Weg ist von Erfolg gekrönt. Die Stadt erlebt seither einen Boom an Kitas, einen Boom an Geburten, einen Boom an Familien, die in der Stadt Zürich entstehen, hier bleiben, hier leben und arbeiten. Die familienergänzende Kinderbetreuung trägt wesentlich zur Lebensqualität in diesem Umfeld bei. Für junge Eltern stellt sie das Kernstück zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar. Es ermöglicht, dass Mütter und Väter ihrer erlernten Erwerbsarbeit nachgehen können. Dies ist ein Erfolg auch für die Wirtschaft. Gleichzeitig steigt der Steuerertrag der natürlichen Personen seit Jahren. Die Kleinkinder werden in altersgerechten Umgebungen mit Gleichaltrigen professionell betreut. Dies ist nicht nur pädagogisch sinnvoll und wertvoll, es reduziert gleichzeitig den Anteil an Freiwilligenarbeit, die immer noch gratis und ohne Lohn erbracht wird. Die Stadt Zürich fördert mit den Kitas auch kleine und mittlere Unternehmen. Die Kita-Leiterinnen – häufig Frauen - schaffen Arbeitsplätze für Betreuerinnen, Köche, Reinigungspersonal und bieten Ausbildungsplätze für Lernende und Praktikantinnen.

Aber die Kitaplätze sind teuer und für einige junge Familien wären sie unerschwinglich, wenn die Subventionen nicht wären. Für das bisherige Subventionsmodell spricht, dass über 80% der Kitas einen Kontrakt mit dem Sozialdepartement geschlossen haben und subventionierte Plätze anbieten. Aber es besteht Handlungsbedarf: Über 600 Familien zahlen heute zu viel für ihren Platz oder ein Elternteil – oft die Mutter – muss sich aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen, weil es keinen subventionierten Platz mehr gibt. Das ist ungerecht und falsch, denn die Subventionsleistungen dürfen nicht nach dem Prinzip «First come, first serve» vergeben werden, sondern müssen allen Familien, welche die Bedingungen erfüllen, in gleichem Mass zur Verfügung stehen.

Darum muss Zürich den nächsten grossen Schritt wagen und die bestehenden Lücken jetzt schliessen. Mit der vorliegenden Verordnungsänderung erfüllt der Stadtrat eine zentrale Forderung der SP, die subventionierten Plätze nicht zu plafonieren, damit alle Berechtigten auch einen subventionierten Platz finden können. Und zwar nicht irgendwo am anderen Ende der Stadt sondern in der Umgebung des Wohnortes oder auf dem Arbeitsweg. Dieser Schritt wird eine grosse Unsicherheit erwerbstätiger Eltern beseitigen und mehr Gerechtigkeit herstellen.

Ein grosser Schritt, der Mut und Entschlossenheit braucht. Mut, den Markt spielen zu lassen, Kontingente aufzuheben, Anreize zu schaffen und Beiträge zu erhöhen. Entschlossenheit, trotz starker Widerstände und vielseitiger Ansprüche, die Rahmenbedingungen festzusetzen und anzuwenden. Der Stadtrat präsentiert mit der Änderung des Subventionsmodells eine ebenso mutige wie entschlossene Vorlage. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass die Stadt Zürich mit dem grossen Schritt, den sie heute nimmt, den richtigen Weg beschreitet.

Weitere Auskunft erteilt

- Marcel Tobler, SP-Gemeinderat, 078 808 05 15